

» REHBURG-LOCCUM

PAK-Krimi um die Loccumer Sandgrube

Deponiegut bringt Die Grünen auf den Plan / Machenschaften eines bundesweit operierenden Unternehmens



LOCCUM (jan). "Deponie" ist in Rehburg-Loccum ein Stichwort, das sensibel zu handhaben ist, auch wenn der Umweltskandal um die Sonderabfalldeponie Münchehagen scheinbar lange zurückliegt. Das ist aber sicherlich einer der Gründe, weshalb der Rehburg-Loccumer Stadtverband von "Bündnis 90/Die Grünen" nun einige Forderungen bezüglich einer Sandgrube in der Loccumer Heide aufstellt. Einige Teile der Geschichte um die "Sandgrube Loccumer Heide am Büchenberg GmbH" klingen fast wie ein Wirtschaftskrimi. Verwickelt und verworren sind die Zusammenhänge. Auf der einen Seite stehen Umweltschützer, auf der anderen Betriebe, die ökonomisch arbeiten wollen. Und dann sind dort auch noch die Verwaltungen von Landkreisen und Städten. In einen größeren Zusammenhang muss der Disput um die Loccumer Sandgrube zudem gestellt werden. Laut den Vertretern der Bürgerinitiative "Stoppt den Giftmüll – Wir wehren uns!" aus Petershagen geht es um die Machenschaften eines bundesweit operierenden Unternehmens – der "Ahrens Transport & Handel GmbH & Co. KG" mit Sitz in Stadthagen - und im konkreten Bezug auf Loccum stellen sie Bezüge zu den niedersächsischen Landkreisen Nienburg und Schaumburg, aber auch zum nordrhein-westfälischen Landkreis Minden her. Zuletzt dazu gestoßen sind die Vertreter des Rehburg-Loccumer Ortsverbandes von Bündnis 90/Die Grünen. Und auch der Eigentümer der Sandgrube, Heinrich Meyer, spielt eine Rolle. Worum es im konkreten Fall geht, also am Büchenberg in der Loccumer Heide, ist eine große Menge Boden, der dorthin gefahren wurde, die Anforderungen für die Lagerung in der Sandgrube aber nicht erfüllt. Begonnen hat die Geschichte mit einer anonymen Mail, die bei der Petershäger Bürgerinitiative (BI) im Frühjahr dieses Jahres ankam. "Fragwürdiges Material" sei schon seit Wochen vom Asphaltmischwerk am Georgschacht in Stadthagen, das zu der Firma Ahrens gehört, zu der Loccumer Sandgrube gefahren worden. Mitglieder der BI wollten es genauer wissen und nahmen die "Verfolgung" solcher Lkw auf. Am 6. Mai, einem Sonntagabend, wurden sie von diesen Lkw direkt zu der Sandgrube geführt. Sie machten Fotos, redeten mit drei der Fahrer, bis schließlich der Sohn des Sandgruben-Geschäftsführers, Jan-Hendrik Meyer kam. Der, sagen die BI-Mitglieder, habe ihnen versichert, dass dort gegen eine Kippgebühr Mutterboden angeliefert worden sei. Er habe die Probenbefunde eingesehen, das Material sei okay. Die BI wollte diese Aussage nicht einfach hinnehmen, ging tags darauf auf das Gelände, nahm selbst Proben und schickte sie einem Institut zur Untersuchung. Das Ergebnis dieser Untersuchung war ein PAK-Wert von 9 Milligramm pro Kilogramm. Die Genehmigung, die der Sandgruben-Betreiber für eingelagerte Böden hat, lässt allerdings nur einen maximalen PAK-Wert von 3 zu. Eine gemeinsame Probenentnahme mit Heinrich Meyer folgte, das Ergebnis daraus lag bei einem PAK-Wert von 7. Die BI argwöhnte daraufhin, dass Firma Ahrens womöglich Böden von dem Gelände in Stadthagen entsorgen würde, die von dort laut Behördenverfügung entfernt werden müssten. Mitte August suchte die BI Unterstützung von Rehburg-Loccumer Seite und kam über die alten Publikationen zur Sonderabfalldeponie Münchehagen auf Wolfgang Völkel, der seinerzeit für die Rehburg-Loccumer Bürger-Initiative aktiv war und mittlerweile für Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat sitzt. So wurde daraus eine Angelegenheit, mit der sich nun auch die Grünen aus Rehburg-Loccum befassen. Völkel sprach mit den Ergebnissen der Untersuchungen beim Leiter des Fachbereichs Umwelt des Landkreises Nienburg vor, wo ihm versichert wurde, dass die Landkreise Nienburg und Schaumburg zusammenarbeiteten. Alle Genehmigungen und Ergebnisse von Bodenproben lägen vor, die Anlieferung der Böden in der Loccumer Heide überwache der Landkreis "vom Schreibtisch aus". Kontrollen vor Ort seien nicht möglich, wurde Völkel gesagt. Den Hinweis mit den Ergebnissen der BI wie auch der Beprobung gemeinsam mit Heinrich Meyer nahm der Landkreis allerdings gerne entgegen und reagierte auch. Demnach sollen die belasteten Böden aus der Sandgrube noch im September abgefahren und in eine Deponie gebracht werden, die solche Böden aufnehmen darf. Völkel war insbesondere sensibilisiert, da er bereits im Januar 2016 – rund eineinhalb Jahre zuvor – den Landkreis auf offensichtlich unrechtmäßig abgekippte Stoffe in der Sandgrube hingewiesen hatte. Seinerzeit waren ihm rund 100 Kubikmeter Klinker, Betonreste, Kunststoffe, beschichtete Metallteile und Grünabfälle in der Grube aufgefallen. Auch damals machte er den Landkreis darauf aufmerksam, der veranlasste, dass die Firma von Heinrich Meyer sie wieder ausgraben und auf eine ordnungsgemäße Deponie bringen musste. Für die BI aus Petershagen sind die Vorgänge um die Loccumer Sandgrube eher "kleine Fische". Ihnen geht es in erster Linie darum zu verhindern, dass die Firma Ahrens im Industriegebiet Petershagen-Lahde einen Betrieb zum Lagern und Behandeln von belastetem Gleisschotter baut. Die Rehburg-Loccumer Grünen aber möchten Konsequenzen aus den Vorfällen in der Loccumer Sandgrube ziehen. "Wehret den Anfängen", sagt Bernd Sandmann, der wie Völkel im Stadtrat sitzt. So wollen die Grünen nun über das Abfahren der unrechtmäßig abgekippten Böden hinaus weitere Konsequenzen aus der Affäre. Im Stadtrat wollen sie erwirken, dass die Genehmigung für das Abkippen von Böden in der Sandgrube aufgehoben wird. Ebenso plädieren sie dafür, dass die Sickerwässer aus der Deponie überwacht werden sollen. Ein Wasserwerk liege in unmittelbarer Nähe der Grube, betont Völkel, und der Abstand von den angelieferten Böden bis zum Grundwasserleiter betrage lediglich einen Meter. Eine erste Wasseranalyse habe der Landkreis Nienburg ihm bereits zugesagt. Ebenso wollen die Grünen aber auch erreichen, dass die Sicherheitsrücklage der "Sandgrube Loccumer Heide am Büchenberg GmbH" erhöht wird. Momentan, sagt Sandmann, seien das 40.000 Euro. Daran müsse vermutlich eine Null gehängt werden, um sicher zu gehen, dass im Falle einer Insolvenz genügend Geld vorhanden sei, um eventuelle Altlasten entsorgen zu können. Mit diesen Forderungen wollen Völkel und Sandmann an Stadt und Landkreis herantreten – und hoffen außerdem darauf, dass der Landkreis künftig nicht mehr auf Hinweise von Bürgern wartet, sondern seiner Aufsichtspflicht mit mehr als nur dem Abheften von Analysen nachkommt. Foto: jan